



Patientenschutzorganisation  
Deutsche Hospiz Stiftung

# Patientenschutz-Info-Dienst

13. Dezember 2012

**Umfrage...Umfrage...Umfrage...Umfrage...Umfrage...Umfrage...Umfrage**

## **Was denken die Deutschen über drohende Pflegebedürftigkeit und assistierten Suizid?**

**TNS Infratest-Umfrage  
im Auftrag der Patientenschutzorganisation Deutsche Hospiz Stiftung**

**Umfragezeitraum 5.-6.12.2012**

---

**Impressum:**

Der Patientenschutz-Info-Dienst wird von der Patientenschutzorganisation Deutsche Hospiz Stiftung herausgegeben.  
Verantwortlich im Sinne des Presserechtes: Eugen Brysch; Redaktion: Silke Rau, Christine Eberle, Stephan von der Trenck, Franziska Hörke, Sonja Riedel  
Patientenschutzorganisation Deutsche Hospiz Stiftung, Informationsbüro Berlin, Chausseestraße 10, 10115 Berlin, Tel. 030 / 2 84 44 84 0  
Dortmund: Tel. 02 31 / 73 80 73 0, Fax 02 31 / 73 80 73 1; München: Tel. 089 / 20 20 81 0, Fax 089 / 20 20 81 11  
[www.patientenschuetzer.de](http://www.patientenschuetzer.de)



Mit großer Regelmäßigkeit und von verschiedensten Auftraggebern gab es in den vergangenen Jahren Umfragen zum Thema Sterbehilfe und assistierter Suizid. Die Herangehensweise an das Thema war folgende: Man ging von einer schweren, unheilbaren Krankheit oder schwerster Pflegebedürftigkeit aus, betonte die Grenzen der Palliativmedizin und fragte dann, ob in einer solchen Situation Sterbehilfe bzw. assistierter Suizid gewünscht sei. Es muss nicht erstaunen, dass die Zahl der Befürworter vor diesem Hintergrund immer außerordentlich hoch war.

Daher hat sich die Patientenschutzorganisation Deutsche Hospiz Stiftung für eine andere Fragestellung entschieden. Diese lautet:

**Frage: Aktuell wird über ein strafrechtliches Verbot der assistierten Suizidhilfe, also der begleiteten Hilfe zur Selbsttötung, diskutiert. Stellen Sie sich vor, dass Sie in einem Jahr pflegebedürftig werden: Würden Sie sich dann kostenlos beim Suizid begleiten lassen?**

Hier bleiben der Grad der Pflegebedürftigkeit und die Schwere der Erkrankung ganz bewusst offen. Erfasst wird dagegen das Ausmaß der Angst, die in der Bevölkerung bezüglich einer wie auch immer gearteten Pflegebedürftigkeit herrscht. TNS Infratest hatte Bedenken, die Umfrage so durchzuführen. Sie erwarteten durch die Art der Fragestellung marginale Raten an Befürwortern. Aus der praktischen Arbeit am Patientenschutztelefon wissen die Patientenschützer der Deutschen Hospiz Stiftung jedoch, dass große Ängste vorhanden sind. Das Ergebnis hat allerdings die gewagtesten Befürchtungen noch übertroffen.

## Ergebnis

**Jeder zweite Deutsche würde sich kostenlos beim Suizid begleiten lassen, wenn er pflegebedürftig wird. Die Angst vor Pflegebedürftigkeit ist so groß, dass diese Menschen lieber tot, als pflegebedürftig sein wollen.**

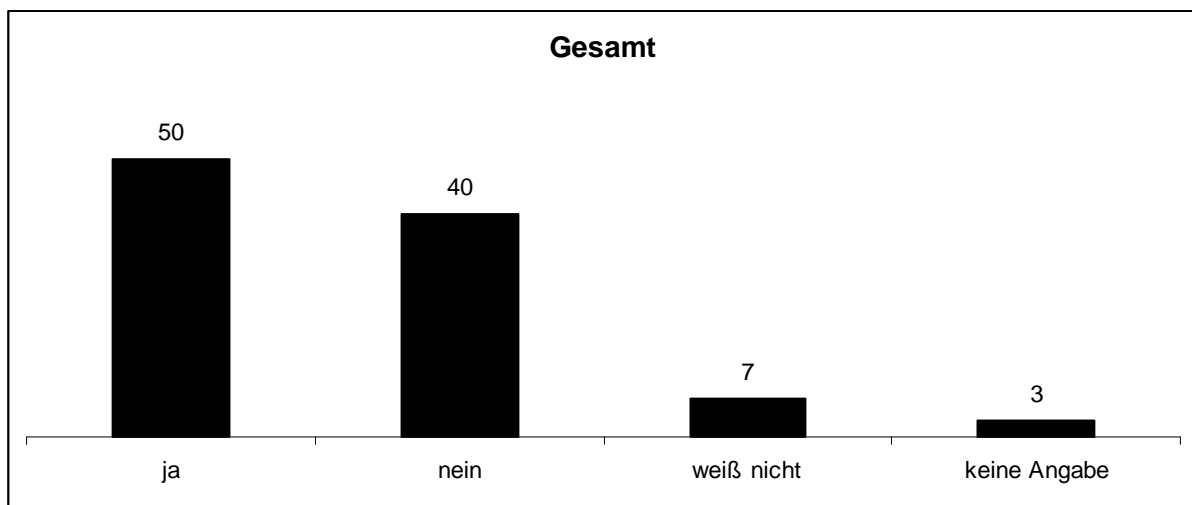


Abbildung 1: Gesamtauswertung  
Angaben in Prozent  
n=1003, Umfragezeitraum 5.-6.12.2012



## Auswertung nach Geschlecht

Mit 52 Prozent würden mehr Frauen als Männer eine kostenlose Suizidbegleitung in Anspruch nehmen, wenn sie pflegebedürftig werden. Um dieses erstaunliche Ergebnis einordnen zu können, muss man wissen, dass nur 25 Prozent aller Suizide in Deutschland von Frauen begangen werden. Warum aber haben Frauen so große Ängste vor der eigenen Pflegebedürftigkeit? Erst kürzlich ergab eine Studie (R+V Studie 2012), dass Frauen in Deutschland die Hauptlast der Pflege tragen: Zuerst pflegen sie die Eltern, dann den Partner. Angesichts dessen wachsen bei Frauen die Ängste vor der eigenen Pflegebedürftigkeit und dem Angewiesensein auf andere, fremde Personen. Pflegesituationen werden von diesen Frauen augenscheinlich als in einem so hohen Maße Autonomie begrenzend und belastend wahrgenommen, dass ein begleiteter Suizid vorgezogen wird.

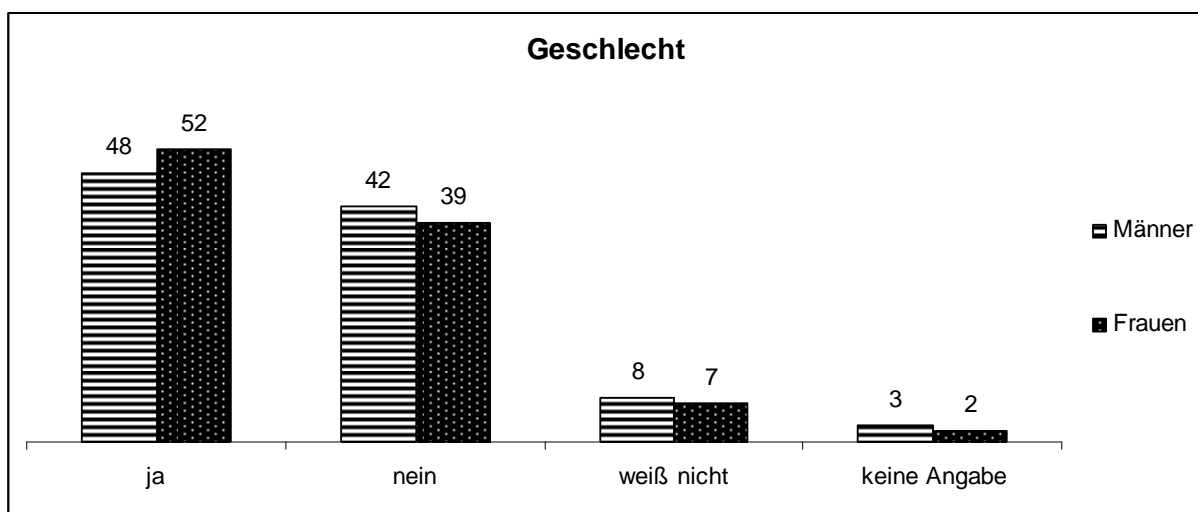


Abbildung 2: Auswertung nach Geschlecht

## Auswertung nach Altersgruppen

Die Zustimmung ist in der Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen mit 63 Prozent am größten. Es ist die aktivste Bevölkerungsgruppe, die mit der Mehrfachbelastung zurechtkommen muss, Beruf, Kinder und die Pflege der Eltern zu vereinbaren. Sie hat dadurch bereits eine konkrete Vorstellung davon gewonnen, wie es ist, pflegebedürftig zu sein. Wie wird es wohl sein, selbst einmal auf die Pflege durch einen anderen angewiesen zu sein? Wird der Partner, werden die Kinder diese übernehmen? Kann man ihnen das zumuten? Wie ist es, in einem Pflegeheim zu leben? Auch das werden Fragen sein, die sich Menschen mittleren Alters stellen. Fakt ist, dass die Ängste vor Pflegebedürftigkeit bei diesen am stärksten ausgeprägt sind.

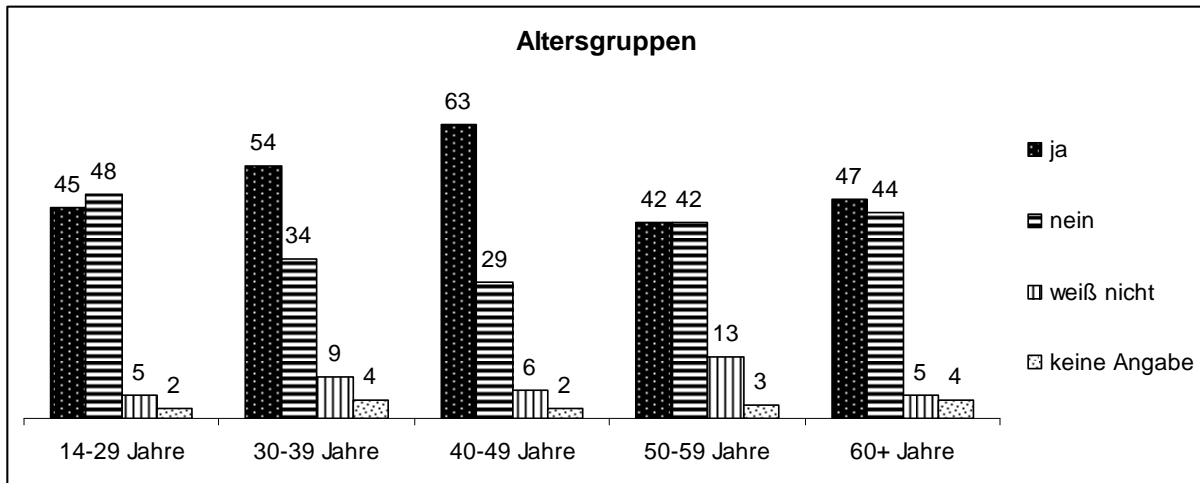


Abbildung 3: Auswertung nach Altersgruppen

### Auswertung nach Parteineigung

Einen Einblick in persönliche Einstellungen und womöglich auch die ethische Verankerung liefert der Blick auf die Auswertung der Zahlen nach Parteineigung. Spitzenreiter sind hier die Anhänger der Grünen: 57 Prozent von ihnen würden ein kostenloses Suizidangebot in Anspruch nehmen. Es folgen SPD-Wähler mit 55 Prozent und Anhänger der Linken mit 47 Prozent. Deutlich geringer fallen dagegen die Zahlen bei CDU/CSU-Wählern aus. Sie betragen 39 Prozent. Die Basis für statistische Erhebungen war bei der FDP mit 0,7 Prozent so gering, dass keine seriöse Aussage darüber getroffen werden kann.

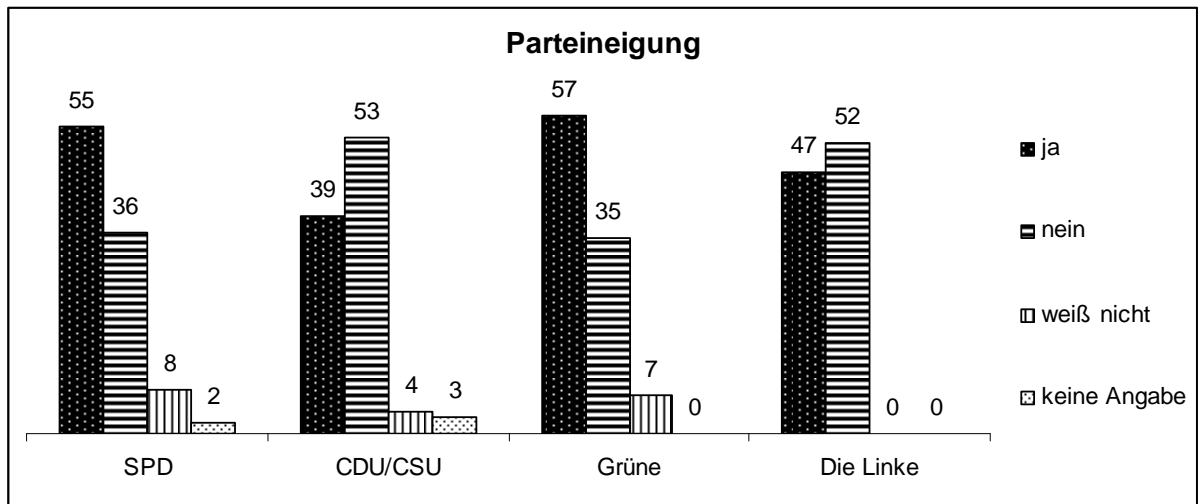


Abbildung 4: Auswertung nach Parteineigung



## Fazit

Der Gesetzgeber arbeitet derzeit an einem Gesetzentwurf, der das Verbot der gewerbsmäßigen Suizidbeihilfe zum Ziel hat. Dadurch will er verhindern, dass Menschen sich zum Suizid verleiten lassen. So steht es in der Entwurfsbegründung. Unberücksichtigt bleibt dabei aber die kostenlose regelmäßige Hilfe zur Selbsttötung. Wie das Umfrageergebnis zeigt, könnte genau das gefährlich werden. Denn solche Angebote treffen in der Bevölkerung auf ein Klima der Angst.

Der Gesetzgeber muss sich also folgende Fragen stellen:

- Wie muss ein Gesundheitssystem aussehen, dem sich die Menschen anvertrauen können?
- Wie müssen die Weichen bei der Pflege gestellt werden, dass eine menschenwürdige Pflege, die Akzeptanz findet, überhaupt möglich ist?
- Ist ein regelmäßiges Angebot der Suizidhilfe moralisch verwerflich? Insbesondere wenn die Menschen es als Alternative zum Leben in Pflegebedürftigkeit sehen?
- Wenn nur die gewerbsmäßige Förderung der Selbsttötung verboten wird, entsteht dann nicht Druck auf alte Menschen, ein Suizidhilfeangebot in Anspruch zu nehmen?

Die Patientenschutzorganisation Deutsche Hospiz Stiftung fordert: Auch die geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung muss unter Strafe gestellt werden. Denn jeder weiß: Was nicht verboten ist, ist erlaubt. Also werden sich Suizidhelfer in ihrem Tun bestätigt fühlen. So lange die Menschen keine Taten sehen, solange ihr Vertrauen in die Pflegepolitik nicht gestärkt wird, werden sie sich aus purer Angst für ein solches Angebot entscheiden. Es müssen sich die Rahmenbedingungen für schwerst- und pflegebedürftige Menschen ändern. Damit niemand mehr sagt: Lieber tot als pflegebedürftig. Das ist das entscheidende sozial- und gesundheitspolitische Thema.